

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
von der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Bringerlohn monatlich 80 Pf.  
Zusch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutsch und  
Czechoslovakien M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Bräunerstraße 14, U. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Bräunerstraße 14. Tel. 1769.  
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der Spaltenbreite entsprechend mit 10 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 25 Pf. Insetate müssen  
bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26.

Dresden, Donnerstag den 1. Februar 1912.

23. Jahrg.

## Keine Wahlreform in Preußen.

Am Mittwoch war im preussischen Abgeordnetenhaus der erste Redner der Nationalliberalen Dr. Friedberg. Für einen Nationalliberalen des Privilegienlandtags und insbesondere für Herrn Friedberg sprach er nennenswert oppositionell. Eine Frage über die Verfassung gab Herr v. Dallwig die Gelegenheit, die Nationalisten mit der Verfassung zu beruhigen, daß die Verfassungsänderung mit der bekannten Objektivität weiter gelöst werden soll. Zur Frage der Reform des preussischen Wahlrechts führte Herr v. Dallwig folgendes aus:

Was die Wahlrechtsreform anlangt, so habe ich im vorigen Jahre die Gründe dargelegt, die nach dem Scheitern der Vorlage von 1908 eine Wiederbringung als unzulässig erscheinen ließen. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei den weitgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bürgerlichen Parteien über Art und Umfang einer Wahlrechtsreform keine Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken und eine Verständigung über eine auch für die Regierung annehmbare Wahlreform herbeizuführen. Ich kann nicht anerkennen, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung geändert haben, vielmehr haben die Verhandlungen über den Antrag Anthonis am Schluß der letzten Session ganz deutlich bewiesen, daß eine Änderung und Annäherung der Parteien nicht stattgefunden hat (Sehr richtig! richtig), daß sogar die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sich eher vergrößert haben. Ich glaube, daß die Reichstagskommission die Wichtigkeit dieser Aufgabe erkannt hat. (Sehr wohl! richtig.) Daher würde eine Wiederaufnahme der Wahlrechtsreform zwecklos sein.

Dann behauptete der Minister, daß die famosen Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz nicht dazu bestimmt seien, die Ausführung des Feuerbestattungsgesetzes zu hindern! Um so größer aber wurde die Erödnis des Ministers, als er zu den Reichstagswahlen kam. Den Kerger der Regierung, daß sie trotz diesem Verhalten die Revision der Sozialdemokratie weder lahmlegen, noch viel weniger widerlegen konnte, bemängelte er durch eine Prüfung landläufiger Missverständnisse über die sozialdemokratische Volkseinstellung. Und dann ging es den Beamten an den Kragen, die trotz allen norddeutschen allgemeinen Aufrufen für die Partei der arbeitenden Menschen gekämpft haben. Treu und Glauben, Ehre und Pflichtgefühl wurde diesen Beamten abgesprochen, und zum Schluß wurden sie noch mehrfach als Lügner und Heuchler tituliert, wenn sie es nicht vorzögen, aus dem Staatsdienst auszutreten und sich auch öffentlich der Sozialdemokratie anzuschließen. Wenn der Minister die Wirkung dieser lächerlichen Rede in den Beamtenbergen so kontrollieren könnte, wie er die Prüfung der Jungfräulichkeit der zur Feuerbestattung bestimmten Leichen angeordnet hat, — er würde sich wohl wundern, wie sie die Lieberzeugung verliert, daß die Beamten am 12. Januar mit dem Stimmgittel Ausdruck gegeben haben.

Aber wie kommt es überhaupt dieser Wutausbruch zustande, wie wirkungslos muten alle Trost- und Unbedenklichkeitsversicherungen an, nachdem sie trotz oftmaliger Wiederholung nicht gehindert haben, daß 4 1/2 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie und über 7 Millionen Stimmen für die Opposition abgegeben wurden.

An der Sitzung ist sonst nur noch die Rede des freisinnigen Führers Herrn v. Jedlitz hervorzuheben, der unter merkbarer Juristenschelung der sonst an ihm gewohnten Charakteristik nach Gründen für den Wahlrechtsfall suchte, durch den ja gerade seine Partei so verdrängt getroffen wurde. Zwar tat der klauale alte Herr, als wäre er fittlich entschuldigt über den Volksgern, der sich gegen die Junkerherrschaft fechtet, aber er unterließ nicht, einige der Elemente dieser Gefährdung der Massen herauszuheben, und sogar Herr v. Jedlitz forderte zum Schluß einige Wahregeln gegen die Vorherrschaft des Großgrundbesitzers.

In einer Geschäftsordnungsberatung fertigte Genosse J. sich den Herrn v. Dallwig gründlich ab, indem er es sehr richtig als junkerliche Frechheit bezeichnete, daß Herr v. Dallwig es sich erlaubt hätte, ihm vorzuwerfen, daß er niedrige Gesetze von Treu und Glauben habe und der Lüge und Heuchelei das Wort rede.

Die Schimpfkanonade des Herrn v. Dallwig auf die Weimarer, die bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch gewählt haben, hatte nur den strategischen Zweck, einen Anstoß zu geben. Das geschah freilich in der ungeschicktesten Weise der Welt. Der preussische Polizeiminister hätte besser getan, nicht über Verletzung von Treu und Glauben, aber Lügner, Heuchler, Eidvergeßene und Eidbrecher zu setzen in einer Rede, in der er eben zuvor auch mitgeteilt hatte, daß die Regierung gar nicht daran denke, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen.

Für den kleinen Beamten soll der Dienst eine Kette sein, an der ihn die großen Herren durch das ganze Leben führen, selbst in die geheimen Wahlkabinette, wo er doch als freier Bürger nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden soll. Wacht er sich aber für diesen einen Augenblick wie er darf und muß, frei von der Bevormundung seiner Vorgesetzten, dann schimpft man in ohnmächtiger Wut hinter ihm her, und

kein Ausdruck der Polizeiwacht ist zu schlecht, um ihn nicht damit zu bewerkeln.

Für die großen Herren natürlich gilt die Pflicht zu Treu und Glauben nicht. Sie dürfen ihre heiligsten Versprechungen brechen, dürfen sie brechen unter den wichtigsten, aber nicht unter lächerlichen Vorwänden. Und wer sie daran zu erinnern mag, daß Worte gegeben werden, um gehalten zu werden, der ist für sie ein Feind, der ins Loch gehört.

Warum will denn diese Regierung auch im Jahre 1912 noch immer nicht das Wort einlösen, das sie im Jahre 1908 in feierlicher Form durch den Mund des Königs verpfändet hat. Herr v. Dallwig mag es: „Weil bei den bestehenden weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform keine Möglichkeit gegeben ist, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken.“

Wann und wo gibt es denn eine Reform, über die sich alle Parteien von vornherein einig sind, über die keine weitgehenden Meinungsverschiedenheiten bestehen? Zolltarife, Deeres- und Flottenverträge, Strukturverträge und tausend andere Gesetze werden die ohne Kampf der Meinungsgegenstände gemocht? Und wann wäre es der Regierung empfehlenswert, auf solche Weise zu verhandeln, sie auf den St. Nimmerleinstag zu verschleppen, an dem es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben wird?

Am 20. Oktober 1908 ist die Wahlreform als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart anerkannt, ihre sofortige Annahmefähigkeit in Aussicht gestellt worden. Wußte der Verfasser jener Rede nicht, daß es im preussischen Landtag „weitgehende Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform“ gibt, daß die verantwortliche Regierung in schouderhalter Unkenntnis der Tatsachen den König zur vorläufigen Abgabe eines unerfüllbaren Versprechens verleitet? Wohl, dann ziehe man die Minister zur Verantwortung! In Preußen ist ja nicht nur der Ministerpräsident, der inzwischen ausgeschieden ist, sondern das Gesamtministerium verantwortlich, dessen Vizepräsident damals Herr v. Bethmann-Hollweg war, der Minister des Innern, in dessen Ressort die Wahlreform gebirgt.

Herr v. Bethmann aber, der die Verantwortung trägt sowohl für die Thronrede von 1908 wie für ihre Verhöhnung durch Herrn v. Dallwig im Jahre 1912 — Herr v. Bethmann hat es vorgezogen, zu den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses überhaupt nicht zu erscheinen!

Kein Wunder, daß dieselbe Kohorte, die Herrn v. Dallwig Peitsch bestellte, als er die Beamten in wüsten Worten beschimpfte, in nicht minder lauten Peitsch ausbrach, als derselbe Herr Minister die Absicht der Regierung ankündigte, ihr eigenes Versprechen nicht zu halten. Man kennt genügend die Bestimmung dieser Leute, die den Bruch des gegebenen Wortes für ein herrliches Verdienst, den Eidbruch für ein königliches Privilegium halten, denen jeder Betrug an Treu und Glauben recht ist, wenn er ihrem eigenen Vorteil dient.

## Die Wirkung unseres Sieges in England.

Genosse Kollendauer schreibt dem Vorwärts:

Ich war einer der wenigen Genossen, die den ganzen Wahlkampf mit durchgemacht und doch in Deutschland nichts von dem Jubel gehört habe... den die Wahlsieger der Stichwahlen hervorriefen. Als am 22. Januar die Wahlhandlung geschlossen wurde, sah ich im Schnellzug nach Wilsingen auf der Weile nach Birmingham, um im Weste des englischen Imperialismus an dem Parteitag der irischen Arbeiterpartei (Labor party) teilzunehmen. Das war die Town Hall (Rathhaus) in Birmingham als Kongressort gewählt hatte, war an sich schon eine Demonstration; denn Birmingham's Town Hall ist das Zentral- in dem Joseph Chamberlain sein Evangelium des Imperialismus predigt. Birmingham ist die Stadt, in der Chamberlain ohne Widerspruch ins Parlament gewählt wird.

Obwohl Birmingham eine Universitäts- und eine Kunstakademie hat, ist die Stadt eine Fabrikstadt, wie sie Bismarck in „Harte Zeiten“ schildert. Um das zentrale Zentrum liegt die Stadt in einem Teil der dortigen Fabrikation, die täglich für das Seelenheil der Ungläubigen beten, werden in Verzweiflung kommen, wenn die Heiden sich zum puritanischen Christentum bekehren und alle Götzen und Heiligensbilder ins Feuer werfen würden.

Obwohl Birmingham in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts das Zentrum des Chartismus war, so gibt es heute noch kaum in einer Großstadt des britischen Reiches eine Bevölkerung, die in gleichem Maße für den Imperialismus eintritt, wie das Bürgergenosse in Deutschland solchen Jubel und solche Begeisterung über den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen erlebt haben wie ich in Birmingham.

Von den englischen Imperialisten ist die Mär verbreitet, daß das deutsche Volk England doch und danach drängt, Großbritanien in Kriege zu verwickeln. Jede englischerische Rede von Liebert, Rattmann, Reim und Komarow, die Kriegsheteren der Post, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, der Hamburger Nachrichten usw. werden von den Imperialisten Englands als Keuschungen des deutschen Volkes betrachtet. Obgleich Friedensfreunde würden mit großer Sorge nach Deutschland, indem sie beschwerten oder gar für ziemlich sicher annehmen, es werde ein imperialistischer Reichstag gewählt werden. Nun kamen die Resultate die aller Welt zeigten, daß das ganze Volk sich gegen den Imperialismus wendet. Das wirkte bei allen Friedensfreunden wie eine Erleuchtung.

Einstimmig war man der Meinung, daß die deutschen Wähler nicht nur die deutschen Anhänger des Imperialismus niedergeschlagen,

sondern auch dem englischen Teil dieser gemeingefährlichen Schichten den Todesstoß verlegt haben. Ein alter Großindustrieller, der 6000 Arbeiter beschäftigt und ein besonderer Philanthrop ist, erklärte mir, daß er sich kein Urteil über die Wirkungen des Ausfalls der Wahl in Deutschland erlauben könne. Aber logte er, in Großbritannien hat er mindestens die Bedeutung wie der Sturz der unionistischen Regierung durch die Parlamentswahlen von 1906. Damals hat Englands Volk die Imperialisten aus der Regierung entfernt, und jetzt habe Deutschland den Imperialismus völlig zerschmettert.

Noch größer werde aber die Wirkung auf die Arbeiter sein. In weiten Kreisen der Arbeiter bestehe immer noch Zweifel, ob die Arbeiterklasse je durch selbständiges Auftreten bei den Wahlen Erfolge erzielen könne. Der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie sei ein Argument, mit dem man auch den kühnsten englischen Arbeiter aus seiner Verzagtheit aufheiteln könne und sehr bald werde bei der englischen Arbeiterklasse der Entschluß reifen es den deutschen Arbeitern nachzumachen. Selen auch bei den Streiks des letzten Sommers hundtausendliche Kräftigungen zulage getreten, so werde sich bald ein Umsturz bemerkt machen denn der Sozialismus werde von der Behauptung, daß die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten stets eine Schwachheit, von anderen Parteien abhängige Gruppe bleiben werden.

Urteilen so die Leute, die der Arbeiterpartei fernstehen, so ist es erklärlieh, daß die Siege der deutschen Sozialdemokratie bei der Arbeiterpartei geradezu unbeschreibliche Begeisterung hervorriefen. Auf dem Kongress waren 470 Delegierte aus allen Gegenden und allen Ständen des britischen Reiches vertreten. An jedem Sitzungstage wurden neue Wahlsieger mitgeteilt, und jede Delegiertenliste regte die Begeisterung. Mehrfach erhoben sich alle Delegierten von den Sitzen und gaben ihren Wünschen durch Parousen und Lächerlichkeiten Ausdruck.

Besonders bemerkenswert ist die Massenversammlung vom Freitag abend. In dieser war die Bevölkerung Birmingham's vertreten. Auch hier rief jede Erwähnung der deutschen Wahlsieger enthusiastischen Beifall hervor. Den imperialistischen Versuch aber W. G. Aberdon, der sich in besonders schroffen Ausdrücken gegen die auswärtige Politik Englands wandte die England in Gegenwart zu Deutschland bringe. Er hob hervor daß diese Politik England zum Bundesgenossen des blutdürstigen imperialistischen Frankreich mache während Englands Volk auf der Seite des getrichterten Volkes Ruhland stehe, das Leben und Freiheit einbüse um den Faschismus zu stützen. In dieser Versammlung trat deutlich zutage, daß selbst im imperialistischen Birmingham die Arbeiterklasse die Wahlsieger begrüßte. Das schmerzliche Urteil über die deutsche Politik wird mit Wertschätzung angesehen. Jetzt wurde man angenehm überrascht, indem man plötzlich sah, daß die reaktionären Kriegsheteren in Deutschland eine beschwichtigende Minderheit sind, während die nach Freiheit ringende Masse, die auch für die Erhaltung des Friedens eintritt, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bildet. Weil man in dem Wahlergebnis eine gewaltige Friedensdemonstration erblickte, wurden die Gegner des Faschismus in dieser Begeisterung hingeworfen. Genuß sind die internationalen Kongresse die erhebende Demonstrationen für den Ausbruch internationaler Solidarität; niemals habe ich jedoch Szenen erlebt in denen das internationale Solidaritätsgesühl mit so elementarer Gewalt zum Ausdruck kam wie auf diesem nationalen Kongress der englischen Arbeiter.

## Die portugiesischen Generalstreikswirren.

Lissabon, 31. Januar. In der Stadt sind Truppen aus verschiedenen Garnisonen zusammengezogen. Das 1. und 2. Artillerieregiment, das 5., 8., 16. und 22. Infanterieregiment, das 2. Kavallerieregiment und das 4. Trägeregiment, 1000 Mann der republikanischen Garde und zahlreiche Volksgewaltigen befinden sich in der Stadt. Lissabon hat das Aussehen eines Heerlagers. Ganze Eskadronen gingen gegen Volksmengen vor. Nach rechts und links wurde die Menge mit dem Säbel auseinandergeworfen, bis sie nach allen Seiten flüchtete. Aus den Fenstern wurden Bomben auf die angreifenden Truppen geworfen, die schreckliche Explosionen herbeiführten. Schallgeschosse trieben die Soldaten die Menge in die tiefer gelegenen Stadtteile zusammen, bis die Nacht herabkam. Bis jetzt wurden 1000 Verhaftete an Bord der Kriegsschiffe gebracht. Die Verhaftungen dauerten heute den ganzen Tag in großem Umfang an. Mit gezogenem Schwert wird heute Nacht in den äußeren Stadtteilen eine weitere Säuberung vorgenommen. In Setubal, Coimbra, Vila Franca und anderen Gegenden dauern die Ausschüsse an, auch Zusammenkünfte sind vorgelassen. Die Regierung beschäftigt die Verlagerungszustand aufrecht zu erhalten, bis die Ordnung wieder vollkommen hergestellt ist.

Lissabon, 31. Januar. Als gestern nachmittag die Wagen der elektrischen Straßenbahn ihre Depots verlassen wollten, wurde eine Bombe gegen einen Wagen geschleudert, der vollständig zerstört wurde. Ein Kavallerieoffizier versuchte den Attentäter festzunehmen, der aber die Flucht ergriff. Der Offizier setzte ihm nach. Als er sich ihm bereits beträchtlich genähert hatte, wendete sich der Attentäter plötzlich um und warf eine zweite Bombe auf den Offizier und beschwand unter der Volksmenge. Auch in anderen Gegenden der Stadt sind Bomben geschleudert worden. Eine deutsche Fabel, deren Namen nicht genannt wird, wurde geäußert, die Arbeit einzustellen. In Koita, in der Nähe von Lissabon, wurde der Bürgermeister von Kundgebern mit einer Art getötet.

Saboya, 31. Januar. Die telegraphische Verbindung zwischen Lissabon und Setubal ist zerstört. Die Telegraphenbestanden werden auf dem Strich angehalten und von den Streikenden aufgehoben, sich dem Streik anzuschließen. Die Regierung hat kein Vertrauen zu der Lissabonner Garnison, weil Streitigkeiten zwischen dem

Stimmen und Bilder

Umstau

In einem sehr gut bedruckten...  
Karten...  
Lage...  
Lage...